

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Rechtmäßiges: Tageblatt Riesa.
Gesetz Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsankwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rathes der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröda.

Postleitzettel: Dresden 133
Gesetz Nr. 22.

Nr. 82.

Donnerstag, 6. April 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, monatlich 15,- Mark ohne Beingericht. Einzelnummer 80 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Städten wird nicht übernommen. Preis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschiffseile (6 Silber) 1,- Mark; zeitraubender und teuerlicher Satz 30%, Aufschlag. Nachzahlungs- und Vermittlungsgebühr 1 M. Reine Kosten. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Bezug versäumt wird oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Der Druckerei, der Dresdner oder der Verlegerin oder der Vertriebungsanstalt — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Rückerstattung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Baumer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Wahlberechtigten des Bezirks werden auf die Notwendigkeit, dem Oberhaupt der Kreise durch energisches Abstimmen und insbesondere auch durch Berörten und der Dorfe und Reiter entgegenzutreten, hingewiesen. Wichtig ist dabei, dass das Ausnehmen der Reiter zu einer Zeit stattfindet, in der die jungen Kreisen ausgetrocknet sind, weil erst dann die Kreisen nicht anderswo noch einmal nisten. Dieses Verfahren dient, das Ameisenverbündete und Wirtschaft und von größerem Erfolg sein, als das Aus-

legen von Eist, weil die Kreisen solche Eisbrocken erfahrbare Gemüse bald erkennen und dann meiden, ganz abgesehen davon, dass durch die Eisbrocken Singvögel und unbeschwerliche Raubtiere gefährdet sind. 416 E.L. Großenhain, am 5. April 1922. Amtshauptmannschaft.

Versteigerung am 7. 4. in Zehlendorf aufgehoben.

Gerichtsvollzieher.

Örtliches und Sachsisches.

Riesa, den 6. April 1922.

* Kritische Sache der sächsischen Regierung. Aus Dresden wird uns berichtet: In der gestrigen Landtagssitzung wurde der Zustimmung nach längerer Beratung mit den Stimmen der Rechten und der Kommunisten abgelehnt. Wenn auch die Kommunisten nach einigen Stunden erklärt, dass ihre Stellungnahme auf einen Entwurf zurückzuführen sei, so zeigt doch das Vorkommnis, auf wie schwachen Füßen das gegenwärtige Regierungssystem in Sachsen steht. An dieser Tatsache würde auch nichts geändert sein, wenn die Kommunisten bei der noch bevorstehenden Abstimmung das Finanzgesetz mit zur Annahme bringen würden. Auch der im Bereich der Möglichkeit liegende Volksentscheid über die gesetzlichen Feiertage (1. Mai und 9. November) würde, falls sein Ausgang dem gestrigen Landtagsschluss zuwiderläuft, sicher der gegenwärtigen Regierung den Boden ganz entziehen. Die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei haben den Antrag eingebracht, dass der Landtag aufgelöst wird. (Siehe den Landtagsbericht.)

Eine WTB-Meldung aus Dresden von heute mittag besagt: Nachdem der Landtag gestern den Justizrat mit den Stimmen der Rechten und der Kommunisten abgelehnt hatte, brachten die Abgeordneten Beutler (Dmat.) und Seifert (Dem.) Anträge auf Auflösung des Landtages ein. Diese Anträge wurden in der heutigen Sitzung mit den Stimmen der Sozialisten und Kommunisten abgelehnt. Ein weiterer Antrag Beutler auf Erörterung seines Antrages in einer Fernersitzung vom 11. April ab wurde mit der gleichen sozialistischen Mehrheit abgelehnt. Darauf trat das Haus in die Erledigung der Tagesordnung ein.

Zur Einführung des 1. Mai und des 9. November als gesetzliche Feiertage schreiben die deutschnationalen "Dresdner Nachrichten": Niemals können sich die bürgerlichen Parteien mit einer derartigen Bedeutung des Volkes abstimmen, und darum entspricht es nicht nur der Meinung meisteer Kreise der Bevölkerung, sondern auch dem demokratischen Regierungsprinzip, nach dem wir angeblich heute regiert werden sollen, wenn der deutschnationalen Abgeordnete Wagner den Entschluss der bürgerlichen Parteien anforderte, über diese Frage den nach der Verfassung zulässigen Volksentscheid herzuziehen. Der volksparteiliche "Dresdner Anzeiger" schreibt: Die Erledigung der Feiertagsvorlage muss den Ruhigstellenden und um das Vorauskommen seiner engeren Heimat ernstlich befürchteten Politiker mit lebhaftem Vernehmen erfüllen, denn wer hätte nicht bis zum letzten Augenblitc glauben wollen, dass sich angesetzte, langsam sich vorbereitende Umstellungen im politischen Leben Sachsen's mindestens bis die Rechtssozialdemokratie hätten veranlassen müssen, um dieser heißen Frage willen nicht alles auf Spiel zu legen, was vielleicht doch nur durch eine wirkliche Volksmehrheit gelernt und geschaffen werden kann. Der 1. Mai mag im Bewusstsein des überzeugten Sozialdemokraten Wurzeln geschlagen haben, im Bewusstsein des Volkes war es nicht. Und nun gut der 9. November! Es ist das Zeugnis eines Zusammenschlusses von unerhörter Feindseligkeit. Gewiss, auch aus Ruinen kann neues Leben erwachsen. Wir teilen durchaus die Hoffnung der Sozialdemokratie, dass dies so sein werde, und wir wollen gerne mit unseren sozialistisch denkenden Bürgern ohne Bitter und Sorgen und Sträuben uns die Hände blutig dafür arbeiten, dass neues Leben aus den Ruinen des deutschen Volkes erwache. Aber deshalb den Tag des Eintrittes feierlich begehen, das ist mehr, als sich die Sozialdemokraten bei ruhiger Überlegung selbst zuwenden können.

Zu den Anträgen der bürgerlichen Parteien in der gestrigen Landtagssitzung schreibt die "Leipziger Neueste Nachrichten": Man darf sehr gespannt sein, wie sich die Regierung und die Linksparteien zu den Erklärungen der bürgerlichen Rechten und der Demokraten stellen werden. Wenn sie sich nicht dem Vorwurf der Feindseligkeit aussetzen wollen, müssten sie allerdings den Auslösung des Landtags ausstimmen und das Volk sprechen lassen. Bei der kläglichen Haltung des Gesamtministeriums, das sowohl mit der ganzen Angelegenheit in einer Kabinettssitzung beschäftigte, aber zu keinem Entschluss gelangte, erscheint es fraglich, ob die Regierungsparteien einer Auflösung des Landtages ausstimmen werden. (Wie aus der obenstehenden Meldung erschließt, ist diese denn auch in der heutigen Sitzung abgelehnt worden.)

Das Verfahren bei einem Volksentscheid ist folgendes: Nach Artikel 88 der Verfassung ist ein Volksentscheid über ein Gesetz oder die Auslösung des Landtages dann von der Regierung herbeizuführen, wenn ein Sechstel der Stimmberechtigten der letzten Landtagswahl die Auslösung oder die Einbringung eines Gesetzes begehrte. Dieses Volksbegehrte ist zuerst dem Landtag vorzulegen, der es dadurch hinfalls machen kann, dass er ihm entspricht. Zu einem Volksentscheid ist ferner nach den Verfassungsbestimmungen die Beteiligung der Hälfte der Stimmberechtigten und die Mehrheit der Abstimmenden erforderlich. Bei dem verwiesenen Zustimmungsweg dürfte sich die Abstimmung über den Volksentscheid allerdings auf zwei getrennte Sitzungen erstrecken.

versögern, so dass, wie die "R. R." meinen, wegen der dann eintretenden Erntearbeiten und der Ferien eine Verschiebung bis zum Herbst ratsam erscheint. Dass die beiden Reichsparteien willens sind, von dem Rechte des Volksentscheids auch über die Landtagsauflösung Gebrauch zu machen, kann nach der klaren Ankündigung des Abgeordneten Wagner in der Frage der Feiertage nicht mehr fraglich sein.

* Die Teuerung nimmt weiter zu. Nach einer Verlangsamung der Teuerungsentwicklung gegen Ende Februar nahm die Teuerung im März weiter stark zu. Die vom Statistischen Reichsrat auf Grund der Erhebungen über Aufwendungen für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung einer fünfköpfigen Familie berechnete Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten lag im Durchschnitt des Monats März 2202, das ist gegenüber dem Februar (1889) eine Steigerung um 15,7 Prozent, gegenüber dem Januar 1922 um 40,4 Prozent und gegenüber dem Monat März 1921 um 155,5 Prozent. Ungefähr gleich stark wie die Gesamtaufwendungen stieg im Durchschnitt des Monats März 1922 die Indexziffer für den Durchschnitt des Monat März 1921 beträgt. Gegenüber dem Vormonat bedeutet dies eine Steigerung um 15,6, gegenüber dem März 1921 von mehr als 185 Prozent des damaligen Standes. Weit mehr als die Ernährung und Gesamtkosten haben die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung zugenommen. Die im März eingetretene Stellungnahme war im Gegensatz zu den Vormonaten in den Großstädten nicht ganz so bedeutsam wie in den mittleren und kleineren Städten.

* Buchdruckerei. Der Buchdrucker- und Handelslehrer, Herr Direktor Rich. Doeppner, von der Buchdruckerei-Gesellschaft Rich. Doeppner u. Co., G. m. b. H., Dresden-N., Streicherstraße 26, beschäftigt am Mittwoch, den 12. ds., im Hotel "Bettiner Hof" einen Kurzus in einfacher, doppelt-italienischer, doppel-amerikanischer Buchdruckerei abzuhalten. (Siehe Inserat.)

* Gefunden wurden am 3. d. M. an der bislangen Friedhofsmauer eine gebrauchte Hose, eine Weste, eine Unterhose und ein Hemd. Die Sachen sind sämlich fast abgetragen. Es wird vermutet, dass sie gegen bessere getauscht worden sind, die vermutlich von einem Diebstahl beraubt wurden. Einige Befürchtungen wolle man der Polizei mitteilen.

* Die neue Wohnungsabgabe. Der Rechtsausschuss des Landtages erledigte am Dienstag die Vorlage über die Wohnungsabgabe. Danach wird für 1922 eine Abgabe in Höhe von 5 Prozent des jährlichen Abgangswertes der Gebäude erhoben, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt worden sind. Die Gemeinden sollen für 1922 200 und von 1923 ab 100 Prozent Fälligtag erheben.

* Verein für Wohlfahrtspflege im amtsaufsichtsvermittelten Bezirk. In der vor kurzem abgehaltenen Vorstandssitzung des für den amtsaufsichtsvermittelten Bezirk bestehenden Vereins für Wohlfahrtspflege, deren Tagessitzung 20 Punkte umfasste, betonte Herr Regierungsrat Dr. Merzdorf in Vertretung des Vorsitzenden die Erstienen. Derstellvertretende Vorsitzende, Herr Superintendent Riesa, gedachte mit warmen Worten des heimgegangenen Vorsitzenden des Vereins, Herrn Geheimrat Dr. Uhlemann. Die von verschiedenen Diakonien und Gemeindepflegeren eingerichteten Gefüsse um Unterstützungen müssten aufdringlich werden, da die vorbereiteten Mittel zu einer wirklichen Unterstützung leider nur gering sind, und man lieber eine Gemeinde-Diakonie und zwar die nordöstliche mit einem größeren Betrag begünstigen will. Werner wurde dem Bunsche Ausdruck gegeben, dass man dem Vereine weitgehend freiwillige Mittel zur Verfügung stellen möchte, damit der Verein in die Lage versetzt werde, seine schweren Aufgaben zu lösen. Beiträge nehmen entgegen: Die Gemeindewerstände, der Kosakenverein Herr Müller in der Amtshauptmannschaft Großenhain. Weiter können auch Beiträge unmittelbar dem Girokonto 14 der Gemeindekasse Großenhain überwiesen werden.

* Wochenbericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung 26. März bis 1. April 1922. Die Arbeitsmarktlage wurde in der Berichtswoche durch das anhaltende Frost- und Schneewetter vielfach beeinträchtigt. Ramentlich mussten die Außenarbeiter in den höheren Lagen vorübergehend aussetzen. In der Landwirtschaft verschärft sich der Mangel an Arbeitskräften immer mehr. Die Anforderungen von Gärtnern und Gartenarbeiter ging in Folge der so schlechten Witterung teilweise zurück. Der Stollberger Steinholzbergbau benötigt weiter inlandsische gekleidete und ungekleidete Arbeiter unter 35 Jahre für Untergrabaubau. Gut beschäftigt ist die feinste keramische Industrie. Die Vermittlung von Ziegelarbeitern war rege. Teilweise musste die Ziegelindustrie infolge der ungünstigen Witterung aussetzen. In verschiedenen Ziegelsteinfabriken wird wegen Kohlemangel verfrüht gearbeitet und teilweise wird mit gänzlicher Stilllegung gerechnet. Die Vermittlungsfähigkeit in der Metallindustrie war wiederum äußerst lebhaft. Die Bewegung ist namenlich auf den Stellenwechsel zurückzuführen. Nacharbeiter werden häufig gesucht. Unverändert aufnahmefähig blieb auch die Textilindustrie. Der Geschäftsgang im Buchdruckergewerbe hat sich wieder verbessert. Flott arbeitet die Kartonagenindustrie. Im Sattler- und Lederverwarengewerbe blieb die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter stark, desgleichen im Tapezierergewerbe. Auch in der Holzindustrie hält die Hochkonjunktur an. Der Bedarf an Arbeitskräften, namenlich guten Möbelarbeitern, kann nicht gedeckt werden. Die gute Beschäftigung der ergiebigsten

Spielwarenindustrie hält an. Für Bäcker und Fleischer ist die Beschäftigungsmöglichkeit unverändert schlecht. Durch Unterbringung von Arbeitern in andere Berufe kommt der Arbeitsmarkt der Nahrungsmittelindustrie etwas entlastet werden. Im Schneider-, Webknäib-, Puschmacher-, Kürschner- und Mägenmachergewerbe besteht unverändert Mangel an guten Kräften. Es werden Freizeit bringend gesucht. Der Mangel erklärt sich aus der Abwanderung in die Industrie infolge besserer Lohnhöchststände. Flott Geschäftsgang verzeichnet das Buchdrucker- und Schriftsetzergewerbe. Im Handelsgewerbe fehlt es nach wie vor an Bürographiekundigem Personal und an ersten Verkäuferinnen aller Branchen. Durch die Besserungswertabilität wurde die Besserung des Arbeitsmarktes für die Ungelernten aufzuhalten. Infolge Herabminderung des Personalbestandes erfolgten grobere Entlassungen bei der Post. In der Gruppe für Jugendliche schlägt der Anstrom von Osterburschen und Ostermädchen ein. An technischen Kräften schlagen tüchtige Ingenieure.

* Das Ausfuhrverbot von Textilwaren im kleinen Grenzverkehr soll bestehen bleiben. Um den durch den gekündigten Kursstand der Mark verursachten Ausverkauf Deutschlands einzudämmen, batzen sich die Handelskammer Plauen und Chemnitz im vergangenen Jahre beim sächsischen Wirtschaftsministerium dafür eingesetzt, dass die Ausfuhr lebensnotwendiger Waren in kleinen Grenzverkehr unterbunden wird. Daraufhin ist u. a. die Ausfuhr sämlicher Waren des Haushaltshandels des Sollaltars (Textilien usw.) im kleinen Grenzverkehr untersagt worden. Wie der Handelskammer Plauen neuerdings vom sächsischen Wirtschaftsministerium mitgeteilt worden ist, haben bestimmte Interessentenkreise dort angetreten, dass die einfache Verbindung im kleinen Grenzverkehr, soweit sie die Erzeugnisse der Textilindustrie betreffen, wieder aufgehoben werden möchten, weil von einem "deutschen Ausverkauf" zurzeit keine Rede mehr sein könne. — Vom Wirtschaftsministerium um gutachtliche Aufführung zu dieser Angelegenheit erucht, berichtete die Handelskammer Plauen, dass sie eine etwaige Wiederaufhebung des Verbotes der Ausfuhr von Textilwaren im kleinen Grenzverkehr unter keinen Umständen gutheißen könnte. Dabei trat sie vor allem der Ansicht entgegen, dass die Vorauslegungen für das Ausfuhrverbot nicht mehr vorliegen sollen. Vielmehr bilde der niedere Kursstand der Mark gegenüber der tschechischen Krone nach wie vor für die böhmische Bevölkerung einen erheblichen Anreiz, ihren sämlichen Bedarf in Deutschland zu decken. In den Grenzgemeinden herrsche die allgemeine Erbitterung darüber, dass die Maßnahmen zur Verhinderung des Ausverkaufs nicht mit aller Strenge durchgeführt werden. Jedenfalls werde die Beibehaltung des Ausfuhrverbots sowohl von den Händlern als auch von den Verbrauchern vor der Hand noch für unerlässlich erachtet.

* Einiger, der das Wetter vorher weißt. In einer Blauderei über das Aprilwetter hatte der "Vor. Volks-Anz." neulich ausgeführt, dass sich über das Osterwetter leider nichts voraus sagen lasse, da zu einer Voraussage auf so lange Sicht bekanntlich die wissenschaftlichen Grundlagen fehlen. Dazu wird dem Blatt aber jetzt aus Friedenau folgendes gefordert: "Für das Osterwetter sage ich auf Grund wissenschaftlicher Beobachtungen voraus, dass wir mit sehr veränderlichem Wetter, Wind, Regenschauern, ziemlich kühlen Tagen zu rechnen haben. Einige Tage vorher, so um den 12. 4., wird es jedenfalls warm sein. Gleichzeitig will ich Ihnen auch das Blaufieber vertreten: In der Zeit vom 31. Mai bis 2. Juni d. J. wird es vermutlich warm sein. Tage vom 4. bis etwa 7. Juni sehr unangenehme Witterung, stürmischi, kalt und regnerisch, recht wechselnd, ein großer Umschwung. Um den 10. Juni wird es wieder warm werden." Der Einsender fügt hinzu, er bitte die Nachprüfung seiner Angaben. — Nun, vielleicht wird sich mancher Leser den Sohn machen.

* Olaf. Vor einigen Tagen wurden aus einer hiesigen Gärtnerei des Nachts eine Anzahl Rosenholzstämme, darunter Lilien, junge Birke und Apfelbäume, sowie Stachel- und Johanniskrebsstämme entwendet. Vermutlich wird von dem Diebe mit den gestohlenen Rosenholzstämmen, Obstbäumen und Beerensträuchern Handel getrieben.

* Dresden. Auf die Rottlage des Saalgewerbes und die Beizwethaltungen überhaupt wirkt die Tatsache ein grellles Schlaglicht, doch in den letzten Monaten eine große Zahl von Dresdner Tanzläden verkauft worden sind, die ihrem bisherigen Zweck entzogen und Industrie- und ähnlichen Zwecken zugesellt werden sollen oder bereits sind. Unter diesen Sälen befinden sich, wie die "Dresden. Nachr." berichten, mehrere größere Umfangs oder von altem, gutem Ruf. Verkauft sind der "Deutsche Kaiser" in Viechow, der "Schlosshalter" (früher stadtbekannt unter dem Namen "Zionsdale") in der Glacisstraße in Neustadt, der "Dianasaal" auf dem Jagdweg und der "Gothaer Briesnib". Eine der beliebtesten Lokale, "Die goldene Krone" in Vorstadt Strehlen, ist am Montag geschlossen worden und wird in eine Fabrik umgebaut. Auch im "Goethe-Garten" in Stadtteil Blasewitz konnte man am letzten Montag zum letzten Male tanzen oder sich in den Gaskräumen erfrischen. Es wird dort gleichfalls ein Fabrikunternehmen sich niederlassen. Geschlossen ist ferne schon längerer Zeit die "Weltmühle" am Anfang des Bischoner Grundes; dort ist jetzt eine Nudelsader eingerichtet. "Stadt Bremen" auf der Leipziger Straße ist ebenfalls geschlossen, ebenso die "Waldvilla" in Trachau und "Die Binden" in Vorstadt Göttel. Wenn zurzeit auch noch offen, so werden aber in den nächsten

Die kluge Hausfrau

macht sich die Erlebnisse anderer zu
nach und kostet nur die millionenfach
bewährten **Grundzüge** Haushaltstücher.
Niederrall zu haben.

Seit als Taxis fahrt verschwunden die „Wolfsburg“ auf der Kreuzberger Straße, der „Gambinus“ auf der Oderstraße und der „Sächsische Brücke“ in Vorstadt Striesen. Mit dem altenbekannten „Schuhhaus“ sind Verkaufsstellen eingezogen, die den Verbrauchern nach bestimmt zum Abschluß kommen und auch dieses Etablissement der Industrie aufzuführen werden. — Auch die Stellung von anderen Galt-
wirtschaften löstet unaufhaltlich vorwärts. Eine der am meisten besuchten Schönstätten, das „Hackerdö“ in der Wilsdruffer Straße, wird zurzeit umgebaut, um später Geldräume für ein Bankhaus Albert Kunze abzugeben. Einem Umbau unterzogen wird gegenwärtig und schon seit längerer Zeit auch das am Neustädter Ausgang der Friedrich-August-Brücke befindlich gewesene „Café Wolke“, in dessen Räumen sich die Commerz- und Privatbank niedergelassen wird. — Von einem prächtigen Galtwirtschaftskunst-
nehmen geht das Gerücht, daß auch mit ihm Verkaufsstellen zwecks Umbildung in Bankräume schwelen.

Cheznit. Am vergangenen Freitag fiel seit 79-jährigen Sohn Otto Höppner in einer bissigen Maschinenfabrik, wofür er beklagt war, von einer ungefähr zehn Meter hohen Mauer, die abgetragen wurde, ein Stegkettchen auf den Kopf. Infolge Schädelverletzung erlagte die Aufnahme des Verlogenswertes im städtischen Krankenhaus, wofür er in der Nacht zum Sonntag gestorben ist.

Cheznit. Um Sonntagabend sprang aus dem von Wohl hier 11,22 Uhr ankommenden Zug in der Nähe der Scheffelstraße ein 28-jähriger Kaufmann von hier infolge einer Auseinandersetzung und erlag am Montag früh den dabei entstehen Verletzungen.

Wolkenstein. Unter den diesjährigen Schulenklassen befindet sich ein Mädchen, das in einem ganzen achtjährigen Schuljahr nicht einen einzigen Tag den Unterricht verabsäumt hat.

Wolkenstein. Infolge der schweren wirtschaftlichen Lage im Betriebsgewerbe hat die „Wolkensteiner Zeitung“ ihr Geschäft eingestellt. Die Druckerei wird aufgelöst und das gesamte Personal entlassen. Auch die in Wolkenstein erschienene Kommunistische vogtländische Arbeiterzeitung“ hat ihr Geschäft eingestellt.

Leipzig. Wie in anderen Orten, droht auch hier als Protest gegen die hohen Lohnsteuersteuern eine Schließung der Kinobetriebe. Eine Versammlung der Leipziger Lichtspielbetreiber stimmte dieser Abwehrmaßnahme zu und nahm eine Resolution an, in der darauf verwies, daß die Sparte der Filmhäuser und ihrer verwandten Betriebe nur unterbleiben werde, wenn das Jugendcafé auf 16 Jahre herabgesetzt werde und die Festlegung der prozentualen Kartensteuer unter Berücksichtigung der heutigen Geldentwertung erfolgt. Der Reichsverband Deutscher Lichtspieltheater ist beauftragt worden, bei den Reichs- und Landesbehörden vorstellig zu werden und die allgemeine Protestaktion im Munde zu organisieren.

Leipzig. In der letzten Sitzung des Bezirksausschusses der Amtsbaupräsidenten Leipzig forderte der Kommunist Walther wiederum die Einführung der kommunalen Totenbestattung von Besitzes wegen. Amtsbaupräsident Wölfling wußte sich dagegen, da der Besitz die Kosten niemals würde tragen können. Der Bezirksausschuß wird sich wahrscheinlich in seiner nächsten Sitzung eingehend mit diesen Fragen beschäftigen. Da gegen wurde dem Grubenrat der Gemeinden Soltau und Wölftau auf Einführung der kommunalen Totenbestattung zugestimmt, da die finanziellen Verhältnisse der Gemeinden diese zulassen.

Belgrad. Dem Gutbesitzer Wepe auf Gut Elsterberg in Niedewitz wurden nachts drei Läuserschweine im Wert von 4000 Mark gestohlen.

Das Bombenattentat in Budapest.

Über das Bombenattentat in Budapest wird noch gemeldet: Gerade an der Stelle, die den liberalen Politikern an der Festhalle zugeschlagen war, forderte die Höllemaschine die Todespartie. Die liberalen Politiker entgingen dem Tod nur dadurch, daß sie verdeckt im Clublokal anlangten. Unmittelbar nach der Explosion spielten sich schreckliche Szenen in und vor dem Clublokal ab. Es entstand ein durchdringliches Gedränge, da man weitere Explosionsgefahr befürchtete. In dem großen Zumbus erlitten viele Personen Arme- und Beinbrüche. Ein Mitglied des Klubs, das im Gesicht und an den Händen Brandwunden erlitten hatte, sprang, um sein Leben zu retten, vom ersten Stockwerk in den Hof, wo es mit zerstörten Gliedern liegen blieb. Vor dem Clublokal fanden sich unmittelbar nach der Explosion große Menschenmenge an. Viele Frauen suchten den Polizei-
toron zu durchbrechen, um in das Clublokal zu gelangen. Die Polizei leitete sofort die nötigen Erhebungen ein. Unmittelbar nach der Explosion war eine Gruppe von etwa 20 jungen Leuten vor dem Total erschienen. Sie stießen Hochrufe auf das Attentat und Niederrufe auf die liberalen Politiker aus. Der polizeilichen Festnahme vermochten sie sich noch rechtzeitig zu entziehen. Von den Tätern hat die Polizei bisher keine Spur.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 6. April 1922.

Das Ergebnis der internationalen Sozialistenskonferenz.

Berlin. In der gestrigen Schlusssitzung der internationalen Sozialistenskonferenz gaben im Anschluß an die gemeinsame Erklärung die Exekutiven der drei Internationalen Sondererklärungen ab.

In der Erklärung der 2. Internationale wird gesagt, ein gedeihliches Ergebnis einer allgemeinen Konferenz sei nur dann zu erwarten, wenn die 3. Internationale auf die Taktik der Klassenbildung und Spaltung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung verzichte, wenn sie das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkenne und dort, wo sie die Macht habe, die Freiheitsrechte Anderer schütze. Die 2. Internationale bestrebt darauf, daß auf diese drei Bedingungen von der 3. Internationale eine schriftliche genaue Antwort gegeben werde, die von der Neuerkommission zur Vorbereitung einer allgemeinen Konferenz geprüft werden sollte.

Die internationale Arbeitsgemeinschaft weilt in ihrer Erklärung darauf hin, daß infolge des Widerstands der 2. Internationale folgender Basis nicht in die gemeinsame Erklärung aufgenommen worden sei: Die Konferenz erklärt, daß es die Pflicht aller proletarischen Parteien ist, sich in ihrem Lande für die sofortige Befreiung aller politischen Gefangenen mit aller Energie einzusezten, insbesondere jener, die noch aus der Zeit des offenen Bürgerkrieges sitzen. Unterstudungs- oder Strafbataillen befinden. Nur um das Resultat der Konferenz wegen dieser Differenz nicht scheitern zu lassen, habe sich die internationale Arbeitsgemeinschaft geeinigt, von der Aufnahme der vorstehenden Stelle in die gemeinsame Erklärung abzusehen. — Dieser Erklärung der internationale Arbeitsgemeinschaft schloß sich auch die 2. Internationale an.

In der Erklärung der kommunistischen Internationale heißt es: Die Delegation der kommunistischen Internationale hat sich nach schweren Bedenken entschlossen, der gemeinsamen Erklärung zuzustimmen. Ihre Bedenken richten sich in erster Linie dagegen, daß die 2. Internationale sich ultimativ weigerte, für die Demonstration der Arbeiter die Losung der Auflösung des Deutschen Arbeiters auszunehmen. Weiter betont die Erklärung, daß am Überstande der 2. Internationale der Versuch gefehlert sei, schon während der Genfer Konferenz eine internationale Arbeiterskonferenz einzuberufen. Die kommunistische Erklärung schließt mit den Worten: Die Delegation der kommunistischen Internationale hat der gemeinsamen Erklärung in der letzten Versammlung zugestimmt, daß der Druck der Ereignisse die proletarischen Massen leben wird, ihre reformistischen Führer zu zwingen, ihre Politik zu ändern, wenn sie vom Proletariat nicht zur Seite geschoben sein wollen.

Der Vorort sieht das Ergebnis der Konferenz mit den Worten zusammen: Der letzte Tag war der untersehliche von allen.

London. In der gestrigen Sitzung der Sozialistenskonferenz verfaßt der Vertreter der Internationale Arbeitsgemeinschaft Dr. Adler (Wien) einen von den drei Internationalen anerkannten Beschluß, in dem es heißt:

Die Konferenz ist einig, daß, so sehr die Vereinheitlichung der Klassenorganisation des Proletariats wünschenswert ist, es im gegenwärtigen Moment sich nur um gemeinsame Beratungen zum Zwecke gemeinsamer Aktionen mit konkreten Zielen aller auf der Konferenz vertretenen Organisationen handeln kann. Die Konferenz schlägt daher vor, daß die Exekutiven ihre Zustimmung zur Einsetzung eines neungliedrigen Organisationskomitees einholen, dem es obliegt, die Vorbereitung für weitere Konferenzen der drei Exekutiven sowie für Konferenzen in erweitertem Maßstab unter Heranziehung von Parteien, die leider den drei internationalen Organisationen angegeschlossen sind, zu organisieren. Die Konferenz hält es für zweckmäßig, daß das Organisationskomitee verfügt, eine unverbindliche Aussprache zwischen Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Fa. G.-E. Amsterdam) und Vertretern der Roten Gewerkschaftsinternationale herbeizuführen, um zu prüfen, wie die Schaltung und Wiederherstellung einer gewerkschaftlichen Einheitsfront auf nationaler und internationale Stufenleiter gesichert werden kann.

Die Konferenz nimmt Kenntnis von der Erklärung der kommunistischen Internationale, daß im Prozeß gegen die 47 Sozialrevolutionäre alle von diesen gewünschten Betrieben zugelassen werden und in diesem Prozeß die Verbüßung von Todesstrafen ausgeschlossen sein wird.

Die Konferenz stellt fest, daß die Vertreter der zweiten Internationale erklärt haben, daß sie die Veranstaltung einer allgemeinen Konferenz im April, also während der Genfer Konferenz, nicht für möglich halten. Die Konferenz ist aber im Prinzip einig über die Notwendigkeit der möglichst raschen Einberufung einer allgemeinen Konferenz.

Da aber eine solche im Laufe dieses Monats nicht möglich ist, so erklärt die heutige Konferenz es als ihre notwendige Pflicht, den geistigen Willen des internationalen Klassenbewußten Proletariats unmittelbar in einer internationalen Massenaktion zum Ausdruck zu bringen. Die Konferenz fordert daher die Arbeiter aller Länder auf, in kraftvollen, möglichst geistigen Massenfundgebungen während der Konferenz von Genf, und zwar am 30. April und, wo dies nicht möglich ist, am 1. Mai zu demonstrieren: Für den Arbeitstunatlant! Für die Bekämpfung der Arbeitsschlacht, die durch die Reparationspolitik der kapitalistischen Mächte ins Mahlrohr gerichtet wird! Für die einheitliche Aktion des Proletariats gegen die kapitalistische Oberschicht! Für die russische Revolution! Für das bürgerliche Nachland! Für die Aufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen alter Staaten mit Sowjet-Russland! Für die Verstellung der Proletarischen Einheitsfront in jedem Lande und in der Internationale!

Im Schlusssatz sprach Dr. Adler seine Befriedigung darüber aus, daß es gelungen sei, den Grundstein für ein künftiges Zusammensetzen zu legen, um das große Ziel, die Einheitsfront des internationalen Proletariats herzustellen, zu erreichen. Er schloß mit einem Stoß auf die Internationale. Hierauf wurde die Versammlung mit dem Absingen der Internationale geschlossen.

Neue Forderungen an Österreich.

Wien. Im Nationalrat wurde gestern eine Anfrage über eine von der interalliierten Heeresüberwachungskommission angemeldete Forderung eingebracht, die sich auf nicht weniger als 18 Milliarden Kronen belaufen würde. Nach den etwas unklaren Darstellungen, die bis jetzt gegeben worden sind, beruhen die Forderungen darauf, daß seither die nicht unbedingt als Kriegsmaterial zu bezeichnenden Gegenstände der Kriegsverwaltung der österreichischen Regierung zur Veräußerung überlassen würden, deren Preis jetzt gefordert wird.

Die ungarische Königsfrage.

Budapest. In politischen Kreisen sind Vermühlungen im Laufe, die herkömmliche Gegenseite in der Königsfrage im Interesse der politischen Einheit der Nation zu überbrücken. Unter Hinweis auf die starke außenpolitische Wirkung der Königsfrage wird betont, daß man einer neuen Lage gegenüberstehe, da die Tatsache der Krönung als Rechtsargument hinzüglich geworden sei und in dieser neuen Lage das Bestreben nach Einheit der richtige Ausweg wäre.

Die Rolle Frankreichs in Genf.

Paris. In der Konferenz der französischen Bevollmächtigten und Sachverständigen für die Genfer Konferenz, die gestern nachmittag im Ministerium des Außenministeriums stattfand, legte Poincaré die Rolle Frankreichs zur Genfer Konferenz dar. Er bestätigte, wie die Agence Havas meldet, daß er den Willen habe, Frankreich an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas teilnehmen zu lassen unter der Voraussetzung, daß die aus den Verträgen hergeleiteten Rechte Frankreichs gewahrt werden. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die französisch-deutsche Besprechungen in Boulogne. Die Konferenz durfte nicht zur Prüfung politischer Fragen übergehen, sondern mußte sich auf ihre wirtschaftliche Eigenschaft beschränken. Der Ministerpräsident erwartete die verschiedenen Möglichkeiten und die Haltung, die die französische Delegation dabei anzunehmen habe. Die Entschließung mußte auf alle Fälle vollständig der Regierung überlassen werden, an die die Abordnung zu berichten habe. Poincaré betonte nochmals, Frankreich erachte sich durch die Empfehlungen der Konferenz nicht als gebunden; das Parlament werde als letzte Instanz zu entscheiden haben.

Die Antwort der Regierung von Ungarn.

* **Paris.** Der Korrespondent des Neuer-Büro in Konstantinopel meldet, daß Mittwoch abend die Antwort der Regierung von Angora auf die Waffenstillstandsvorschläge der Entente-Mächte eingetroffen sei. Die konservistische Regierung nimmt diese Vorschläge an unter der Bedingung, daß die Rückführung Smyrnas sofort beginnt und vor Ablauf von 4 Monaten vollzogen ist. Wenn diese Bedingung erfüllt wird, so erklärt sie die Regierung von Angora bereit, Vertreter auf eine Konferenz zu schicken, die in einer von allen betroffenen Parteien gewählten Stadt abzuhalten wird, um die Friedensbedingungen zu erörtern.

Polen als Vorstoß polnisches Deutschland und Südböhmen.

* **London.** Der polnische Außenminister Skarbuncz hat London und Paris wegen der Rücknahme der Genfer

Delegation und bestätigt die Rücknahme Russlands mit Waffen vertreten. Der Anerkennung Russlands werde Polen kein Hindernis in den Weg legen, sondern sie im Gegenteil unterstützen. „Daily Chronicle“ schreibt, Skarbuncz habe erklärt, Polen würde nichts anderes als den Frieden Europas und Verminderung des Kriegsgrades. Es werde alles tun, was zu einem Zusammenschluß beitrage. Die Frage, ob Polen bereit sei, sich als Kompromiß zwischen Deutschland und Russland herzugeben, schwiegt der Minister. Polen bemühte sich ernstlich, seinen Geldwert zu stabilisieren und sein Budget aufzugeilen.

Ein Wahrnehmungsamt im englischen Unterhaus abgeschafft.

London. Das Unterhaus hat den Antrag der unabhänglichen Unionisten, in dem die politischen Grundlagen der Koalitionsregierung verurteilt werden, nach lebhafte Debatte mit 288 gegen 96 Stimmen abgelehnt. Die Mitglieder der Arbeiterspartei sowie einige unabhängige Liberalen stimmen mit den überwältigend.

Die Werbungsbüro in Offenbach.

London. Nachrichten über eine angeblich sehr günstige Nutzbarkeit der Werbungsbüro in Offenbach sowie die mögliche Abmachung der Handelsagenten mit Reichsvermögen erzeugen die Aufmerksamkeit, zumal da gleichzeitig der politische Gesandte in London in einem Interview mit den englischen Presse die starke Bereitschaft Polens zur Abstimmung betont.

Bermischtes.

Berhaftung von Eisenbahndieben. Mai Wittenberg wird gemeldet: Der Bahnbüroverwaltungspolizist gelang es nach langen Mühen, fast 17 Eisenbahndiebe zu verhaften, die auf der Strecke Ludwigslust und Bergedorf die Güterzüge der Berlin-Dresdner Strecke bedauerten. An nicht weniger als sechs Stellen hatten die Diebe auf dieser Strecke ihre Hölle, die die von den fahrenden Güterzügen abgeworfenen Beute aufzusammeln und verstecken, oder an die Hölle, die in Hamburg ihren Wohnsitz hatten, veräußern.

Buchaus für einen Butterzieher. Ein saarländischer Butterausstatter, der Schachtmutter aus Lubbecker, der beim Überqueren der Saarlandgrenze mit 80 Pfund Butter erwischt wurde, erhält von der Strafanstalt Zweibrücken ein Jahr Buchoaus und 30.000 Mark Geldstrafe.

Wie man Diamanten gräßt. An den Ufern des Saale-Flusses in Sachsen, auf einem Gebiet von etwa 200 Kilometer, lebt ein arbeitsames Volk, das sich der ebenso spannenden wie anstrengenden Beschäftigung des Diamanten-gräßt dingt. Die Hölle, wo jeder nach Herzesschliff in den Diamantenfeldern wählt, um große Schäfte fortzuschleppen, sind längst dahin. Alles ist geregt und organisiert; erst noch der Erfüllung mancherlei Bedingungen darf man sich dieser Tätigkeit ungehindert widmen. zunächst muss man einen zuverlässigen Komrade haben, der mit einem zusammen arbeitet. Hat man dann den für gelegentlich erscheinenden Platz festgestellt, so kommt man bei den Behörden um eine Grabungslizenzen ein. Der Antragsteller muß zunächst auf sehr viele indirekte Fragen Auskunft geben; sein Name wird drei Wochen lang öffentlich ausgeschaut, und erst wenn kein Widerspruch gegen ihn erhoben worden ist, und die Feststellungen der Detektive nichts Nachteiliges ergeben haben, erhält er die Erlaubnis. Danach erfolgt der regelmäßige Erwerb der betreffenden Stelle, die meistens 80 zu 20 Fuß groß ist. Bei niedrigem Wasserstand wird im Flüßbett selbst geegraben; die meisten Stellen aber befinden sich auf dem höheren Boden an den Ufern. Die Diamanten werden im Flüßbett gefunden, dessen Tiefe zwischen 8 und 20 Fuß beträgt. Hat man seine Stelle erworben, dann wird das Gelände erweitert, werden die nötigen Werkzeuge und Maschinen aufgestellt; man versorgt sich mit Nahrung und sieht sich nach der Hölle eingeborenen Arbeiter um. Das Gebiet ist bevölkert mit geschwätzigen Käfern-Bors, die hier ihr ganzes Leben lang als Diamantengräber läuft sind. Gegen einen wöchentlichen Lohn von 10 Schilling und Nahrung machen sie sich sogleich an die Arbeit, haben den Fluss tief aus und reinigen ihn, um die losbarren Steine aus Nicht zu bringen. Gelingt dem Gräber ein größerer Fund, dann ist seine erste Pflicht, diesen Fund in aller Ausführlichkeit anzumelden, und er muß einen Schein aussuchen, auf dem das Datum des Fundes, seine Größe, sein Gewicht, seine Farbe, sein Wert, der Name des eventuellen Käfers und aufzeichnet werden. Die Diamantengräber erscheinen an bestimmten Tagen und ihre Aufkunft wird damit angezeigt, daß eine hundert Fahne an dem Hauptladen des Ortes gehisst wird. Jeder Händler hat seine eigene Farbe, sodass sogleich alle Diamantengräber wissen, wer da ist.

Sächsischer Landtag.

wl. Dresden, 5. April.

Beginn der Sitzung 11 Uhr. An der Spitze der heutigen Tagessitzung steht eine Menge von Abstimmungen. Bedeutend wird über die Anträge zu Kap. 28 bis 41, Justizministerium betr., abgestimmt, und zwar über die einzelnen Kapitel getrennt. Der Rechenschaftsbericht wird angenommen. Dagegen werden die Haushaltspläne für 1921 und 1922 abgelehnt, da die Rechte und die Kommunisten dagegen stimmen. Die übrigen Anträge zu Haushalt und Rechenschaftsbericht werden angenommen. Es folgt die Abstimmung über den Stat und Rechenschaftsbericht des Wirtschaftsministeriums. Sämtliche Anträge hierauf werden angenommen, da nur die Deutschen dagegen stimmen. Ferner wird das angeforderte Betriebsabkommen von 50.000 Mark für die Landesversicherungsanstalt bewilligt, ebenso für die Versorgung Sachsen mit Lebensmitteln eingestellte Summe. Der Antrag auf Schaffung eines Gesetzes über die Rechte der Strafanzeigenden wird abgelehnt, dagegen der auf Schaffung eines Gesetzes über die Kontrolle des Strafvollzuges in den Gefangenanstalten angenommen. Sämtliche Kommunisten stimmen hierauf ab.

Hierauf tritt das Haus in die dritte Beratung des Gesetzentwurles über die

Nachbestellungen auf April

ein, wonach fortan in Sachsen der 1. Mai und 9. November als gesetzliche Feiertage zu gelten haben. Der Berichterstatter Abg. Dr. Wagner (Deutschland) schreibt die Stimmen im Lande gegen den vorliegenden Entwurf in äußerst lebhaften Farben und beantragt schließlich die Ablehnung des Gesetzentwurles. Nach scharfen Erwiderungen von den Rednern der Linken wird die Abstimmung über den Gesetzentwurf vorgenommen. Die Vorlage wird mit 49 Stimmen der drei Linksparteien gegen 16 Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen. Zwei bürgerliche Abgeordnete fehlen.

zum Bezug des Riesaer Tageblattes werden entgegengenommen von allen Zeitungsräubern und zur Vermittlung an diese auch von der Geschäftsstelle in Riesa, Goethestr. 59. — Bezugspreis für April 11. 16.25 einschließlich Bringerlohn.

Was bringt die Abstimmung über den Haushalt und den Haushaltshilfe für das Zeitungsgewerbe?

Der Verlegerherr Abg. Meißner (Blank.) schildert die gegenwärtige Lage der Verlagswirtschaft auf dem Papiermarkt. Eine einzige große Zeitung erfordere jetzt allein für das Papier 30 Millionen Mark pro Jahr. Dementsprechend liegen auch alle Bedarfsartikel für das Zeitungsgewerbe. Es sei unmöglich, das Abonnementpreise diesen Steigerungen folgen zu lassen, wenn wir nicht die überzulieblichen und zuvielen Rendite erzielten sollten. Im Namen des Prüfungsausschusses beantragt der Verlegerherr, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung doch zu wirken, daß die Verlängerung der Tagesschriften mit Druckpapier zu angemessenen Preisen sichergestellt werde. Abg. Rieckhamer (Deutsche Vp.) bringt in mehr als einfließender Weise die ganze schwierige Lage als Kaufmann zur Kenntnis des Hauses. Sunzöhl schreibt er die Vergangen im Ausdruck, bei denen sich die Unabdingbaren und Kommunisten von vornherein in Kampfstellung befunden hätten, und geht dann auf die gesamten Zustände in der Papiererzeugung ein. Wenn die Papiererzeugung ruiniert werde, so ginge einer der wichtigsten Industriezweige in Deutschland zu grunde. Wirtschaftsminister Hirsch betont zunächst die Wichtigkeit des Papieres für den Staat und zwar vom wirtschaftlichen und politischen Standpunkte. Für jeden Kulturaat habe das Papier ein lebenswichtiges Interesse. Ein Fortfall des Papieres, wie angekündigt wurde, werde, werde nie gebaut werden. Sachsen sei im Verhältnis stark an der deutschen Papiererzeugung beteiligt, nämlich mit 80 Prozent. Es müsse deshalb ein Weg aus dem Papiermangel mit großer Vorsicht gefunden werden. Erwähnungswürdig, wie erneut vorgeschlagen, sei für Papier nicht mehr möglich. Die Zeitung sei mit anderen Bedarfswaren nicht vergleichbar. Sie sei nicht schlechter als ein Gewerbe. In diesem Sinne habe die Reichsregierung die Verteilung der Zeitung bereits in jeder Hinsicht betrachtet. Deshalb erübrigte sich eigentlich dieser Antrag. Niemand habe einen Weg gezeigt, der zu einer praktischen Durchführung des Antrages führe. Der Staat würde die Notlage der Zeitungen voll und ganz und werde sich darum bemühen, die Preissteigerungen nicht ins Unermessliche gehen zu lassen. Die sächsische Regierung könne das allerdings nicht allein erreichen. Über sie werde in diesem Sinne beim Reichstag wirken. Bekannt sei auch worden, daß ein großer Teil Zeitungen und Zeitschriften tatsächlich in Deutschland überzulieblich seien, insbesondere die nebenbei erscheinende Schund- und Schmutzliteratur (Sukzession). Weitere Redakteure wenden sich noch schwer gegen die riesige Neuerhebung der Papierpreise, bisher Präsident darauf hinweist, daß noch 12 Redakteure verzweigt seien und die Sache leichter endete bei der Reichsregierung entschieden werde. (Das Haus hat sich bis auf einige Abgeordnete geleert.) Abg. Hecklein (Senat.) tritt für die Herstellung der Redakteure und freien Mitarbeitern nachdrücklich ein. Hierauf wird der Ausdrucksantrag angenommen.

Unter Hinterhalt des Hauses erklärt hierauf die kommunistische Fraktion, daß sie nicht die Absicht gehabt habe, bei der Abstimmung über die Justizkapitel gegen die Gewährung des Mindestgehalts zu stimmen. Die Abstimmung soll infolgedessen in einer anderen Sitzung nachgeholt werden.

Die Vorlage 8, Entwurf eines Übersgrenzengeiges für Richter, wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Weiter erledigt das Haus den Kultusrat. Der Kultusbericht wird genehmigt. Bei Kap. 88 wird der Ministerbericht gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Alle übrigen Anträge finden einstimmig Annahme.

Kap. 89, Evangelische Kirchen, wird genehmigt.

Weiter wird in erster und Schlussberatung die Vorlage 116, Gesetzentwurf zum Gesetz über die Dienstbediensteten der Beamten, einstimmig angenommen. Der vorliegende Entwurf eines Gesetzes über die Haushaltung wird an den Rechtsausschuß überwiesen.

Zur Geschäftsbearbeitung erhält darauf Abg. Blüher (D. Vp.) das Wort. Er macht der Kammer folgende Mitteilung: Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei haben einen Antrag auf Auflösung des Landtages eingebracht. Die unhalbaren Zustände, die ich heute wieder gezeigt haben, glauben wir durch Neuwahlen den

jetzigen zu lösen. Wir sagen ja, über diese Zustände müssen mit abzukommen und halten es für logisch, dem Reichstag heute davon Kenntnis zu geben, damit die Funktionen zu dieser Frage Einstellung nehmen können.

Eine weitere Reihe von Stat und Rechenschaftskapiteln wird angenommen, darunter Oberverwaltungsgericht, Wirtschaftsamt für auswärtige Angelegenheiten, Erwerbung von Rohstoffeltern, Staatsliche Straßenbahnen, Kraftwagen, Braunkohlenwerke, Hochbauverwaltung usw.

Damit schließt die Sitzung. Nächste Sitzung Donnerstag, den 6. April, vormitting 11 Uhr.

Gehärtete Stellungnahme der Demokraten gegen die Regierung.

Die Verweigerung des Justizgehalts im sächsischen Landtag, die die bürgerlichen Abgeordneten und die Kommunisten gestern durchsetzen, hat auch die Demokraten auf den Plan

gerufen. Die nachstehende Waffensee an die Regierung richteten: Es ist der Ablehnung des Justizgehalts ergriffen ist, daß die Regierung in einer für den Staat bedeutungsvollen Frage sich nicht auf eine Mehrheit des Landtages rühen kann. Die Erklärung des kommunistischen Vortrags, die darüber die Regierungsmehrheit mit gebildet hat, daß sie gewiß gewesen sei, das Gehalt des Justizgehalts zu bewilligen, schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß sie die Regierung notwendigen Mittel zu verfolgen entschlossen war. Es ist Bielefelder parlamentarischen Regierung aus dieser politischen Lage die Holzung zu ziehen, nämlich zurückzutreten, um eine Umbildung der Regierung mit dem Ziel einer sicheren Mehrheit für die Staatsnotwendigkeiten zu ermöglichen, und wenn dieser Versuch misslingt, die Auflösung des Landtages verhindern zu können. Ist die Regierung bereit, diesen Weg zu beschreiten?

5. Klasse 180. Sächs. Landes-Lotterie.

Die Kammer, welche mittels des Gesetzes 1902, das mit 600 Stimmen gegeben wurde, eine Siedlung für die Reichsstadt Dresden zu errichten.

1. Begehung am 6. Mai; 1922.

400000 Kr. 112987 Weißer Stein, Siedlung L. Ge. 500000 Kr. 291650 Eichholz, Kleipitz-Matzsch. 100000 Kr. 291650 Eichholz, Kleipitz-Matzsch. 150000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 200000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 250000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 300000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 350000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 400000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 450000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 500000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 550000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 600000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 650000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 700000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 750000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 800000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 850000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 900000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 950000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 1000000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 1050000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 1100000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 1150000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 1200000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 1250000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 1300000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 1350000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 1400000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 1450000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 1500000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 1550000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 1600000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 1650000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 1700000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 1750000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 1800000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 1850000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 1900000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 1950000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 2000000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 2050000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 2100000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 2150000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 2200000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 2250000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 2300000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 2350000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 2400000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 2450000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 2500000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 2550000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 2600000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 2650000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 2700000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 2750000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 2800000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 2850000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 2900000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 2950000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 3000000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 3050000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 3100000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 3150000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 3200000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 3250000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 3300000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 3350000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 3400000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 3450000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 3500000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 3550000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 3600000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 3650000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 3700000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 3750000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 3800000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 3850000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 3900000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 3950000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 4000000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 4050000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 4100000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 4150000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 4200000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 4250000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 4300000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 4350000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 4400000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 4450000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 4500000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 4550000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 4600000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 4650000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 4700000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 4750000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 4800000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 4850000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 4900000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 4950000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 5000000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 5050000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 5100000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 5150000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 5200000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 5250000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 5300000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 5350000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 5400000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 5450000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 5500000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 5550000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 5600000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 5650000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 5700000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 5750000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 5800000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 5850000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 5900000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 5950000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 6000000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 6050000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 6100000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 6150000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 6200000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 6250000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 6300000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 6350000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 6400000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 6450000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 6500000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 6550000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 6600000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 6650000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 6700000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 6750000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 6800000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 6850000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 6900000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 6950000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 7000000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 7050000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 7100000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 7150000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 7200000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 7250000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 7300000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 7350000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 7400000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 7450000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 7500000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 7550000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 7600000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 7650000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 7700000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 7750000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 7800000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 7850000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 7900000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 7950000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 8000000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 8050000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 8100000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 8150000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 8200000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 8250000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 8300000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 8350000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 8400000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 8450000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 8500000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 8550000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 8600000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 8650000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 8700000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 8750000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 8800000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 8850000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 8900000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 8950000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 9000000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 9050000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 9100000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 9150000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 9200000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 9250000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 9300000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 9350000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 9400000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 9450000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 9500000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 9550000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 9600000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 9650000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 9700000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 9750000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 9800000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 9850000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 9900000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 9950000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 10000000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 10050000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 10100000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 10150000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 10200000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 10250000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 10300000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 10350000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 10400000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 10450000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 10500000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 10550000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 10600000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 10650000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 10700000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 10750000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 10800000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 10850000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 10900000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 10950000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 11000000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 11050000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 11100000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 11150000 Kr. 291650 Weißer Stein, Dresden. 11200000 Kr. 291650 Weißer Stein,

REINER.
WEINBRAND
IN FRIEDENSKLÄTAT
MARKE:

Goldsstück

General-Berater: Otto Wende, Leipzig-Wohlz. Berggartenstr. 25. Tel. 50962.

J. STÜCK-NCFE.A.G.
WEINBRENNEREIEN

HANAU a.M.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Vereinsnachrichten

ADW. Sportabt. Freitag 8 Uhr Versamml. Karpfen. Niederverein Riesa. Freitag, den 7. April, 8 Uhr abends Mitgliederversammlung Bettiner Hof. Stadt-V. Wanderer. Sonntag 1/4 Uhr Versamml. Komöd. Verein. Sonnabend 8 Uhr Gröba Thür. Hof.

Speise-Möhren.

Heute sind 200 gr. gelbe Speise-möhren eingetroffen und empfiehlt billigt nur zentnerweise

S. Gruhle, Bismarckstr. 35a. Telefon Nr. 652.

Versteigerung.
Sonnabend, 8. April, vorm. 10 Uhr, kommen durch mich in Werderdorf Nr. 34e nachfolgende gebrauchte Gegenstände, weil überzählig, zur freiwil. Versteigerung, als: 1. Pferd, 8 Jahr alt (Ungar), 1 Geschwätzwagen, mehrere Geschirre, 1 Partie Fässer, 25-100 Liter fassend, u. a. m.

Riesa, Möllerstr. 11. Paul Jähnig Auktionsator und Taxator.

Für die vielen schönen Geschenke zu unserer Hochzeit danken aufs herzlichste.

Riesa, 1. April 1922.

Herrn. Hoche u. Frau Marie geb. Haugt.

Geschäftliche und private

Drucksachen aller Art werden bei sauberster u. geistreicher Ausführung in kürzester Zeit angefertigt von Tageblatt - Druckerei Riesa, Goethestr. 59



Original Oldenburger Weser-marsch-Zuchtvieh.

Von mit einem Transport bester Kühe und Kalben, hochtragend und mit Kalbern, sowie von Herdbuchstieren eingetroffen u. keile selbig nach 10-tägiger Quarantäne Sonnabend, den 15. April, bei mir zum Verkauf.

Paul Richter, Viehhandlung, Gröba-Riesa. — Tel. 179.

Landkrankenkasse zu Gröba.

Gemäß § 391 Reichs-Versich.-Ordn. werden die Beiträge zur Krankenversicherung mit Wirkung vom 8. April 1922, d. J. von 4% u. d. auf 6% erhöht und berechnen sich folgendermaßen:

Lohnstufe	Verdienst			Grundlohn tägl. M.	Wochenbeitrag M.	% Anteil des Arbeitnehmers M.
	Tag bis M.	Woche bis M.	Jahr bis M.			
1	4,50	27,-	1350	4,-	1,44	-,96
2	5,50	33,-	1650	5,-	1,80	1,20
3	7,-	42,-	2100	6,-	2,16	1,44
4	9,-	54,-	2700	8,-	2,88	1,92
5	11,-	66,-	3300	10,-	3,60	2,40
6	13,-	78,-	3900	12,-	4,32	2,88
7	15,-	108,-	5400	16,-	5,76	3,84
8	22,-	132,-	6600	20,-	7,20	4,80
9	27,-	162,-	8100	25,-	9,-	6,-
10	33,-	198,-	9900	30,-	10,80	7,20
11	39,-	234,-	11700	36,-	12,96	8,64
12	45,-	270,-	13500	42,-	15,12	10,08
13	55,-	330,-	16500	50,-	18,-	12,-

Der Kassenverantwortliche.
B. Oerl.

Heute letzter Tag „Der Gang durch die Hölle“ sowie „Die blaue Ratte“.

Freitag bis Montag der große österreichische Monumental-Film

„Ein Weib der Wüste“

Schauspiel in 5 Akten. In der Hauptrolle Paula Dornic.

Außerdem als Einlage der neueste amerikanische Sensationsfilm

„Der geheimnisvolle Dolch“.

Eddie Polo.

6 Abteilungen. 18 Episoden. 88 Min. 1. Teil 8 Episoden.

1. Episode: „Die Beichte auf der Stirn eines Mädchens“. 2. Episode: „Eine Schreckensnacht“.

3. Episode: „In den Klauen des Todes“.

Die Handlung spielt in England, Schottland, Afrika, China, Japan, Kalifornien, New York und im Großen Ozean. — Der Dolch zeigt am Anfang einer jeden Episode an, in welchem Lande die Handlung spielt. Diejenigen Betrachter, welche dem amerikanischen Sensationsfilm nichts abgewinnen können, werden durch obigen Film voll entschädigt.

Vorführungen werktags 6 1/2 Uhr, Einlaß 6 Uhr. Sonntags ab 3 Uhr nur für Erwachsene.

Um gütigen Zuspruch bittet die Besucher Anna Bach.

Kammerlichtspiele

Hauptstraße



DAS GROSSE RADIUM-GEHEIMNIS

Nur noch heute: Lola, die Apachebraut — II. Teil.

Ab morgen Freitag:
Der größte amerikanische Nielsen-Sensationsfilm in 6 Abteilungen — 88 Min. Gesamtlänge des Films 12000 Meter

Das grosse Radiumgeheimnis

1. Abteilung „Die Todesfahrt“.

Hauptrollen: Bob Reeves, der stärkste Mann Amerikas, sowie Gillian Sedgwick und der berühmte amerikanische Kraftwagenfahrer Ralph Penning, welcher mit seinem Kraftwagen die gewagtesten Fahrten ausführt. Dieser Film ist ein Meisterwerk amerikanischer Filmtechnik und erregt im In- und Auslande das größte Aufsehen.

Die Presse schreibt zu diesem Film: ... Sehr schöne landschaftliche Motive und beachtenswerte photographische Leistungen erhöhen die poetischen und artistischen Leistungen des amerikanischen Gepräges und sind bisher in keinem Film erreicht worden und deshalb zweifellos eine Schauspielerlichkeit für das deutsche Publikum ...

Sieger das tolle Lustspiel in 5 Akten

„Der Liebeskorridor“

Gläserne die größte Filmhumoristik Deutschlands.

Sonntags ab 2 Uhr große Kinder- und Familien-Vorstellung.

Um gütigen Zuspruch bittet der Besucher Karl Marek.

Margarine

Blund-Würfel Mfr. 20.50

Schmalz, Zuderbonig

Bienenbonig

echt Bimburger Räte

Apfelsinen, Sellerie

empfiehlt

Paul Pfeifer

Wettinerstr. 29.

Mischung Moccasan

25% Bohnenkaffee

75% feinstes Kaffee-Café

verbürgt Reinheit und

guten Kaffeegeschmack.

1/2 Blund M. 28.00

1/2 Blund M. 14.00

Maxler Kaffeesüßware

Adolf Bormann

Wettinerstr. 25. Tel. 444.

Die billigste und schmackhafteste Fleischzubereitung!

Frisch gefrorene

Bildkaniuchen

empfiehlt ab Freitag täglich 3. billige. Tagesspreis

Paul Pfeifer

Wettinerstr. 20. Tel. 147.

ff. Ziegenfleisch

empfiehlt

Carl Pohlmann

Goethestraße 39.

Achtung!

Von Freitag mittag an

Wildkaninchen

Blund 13 Mfr. empfiehlt

Hermann Modler

Schulstraße 3. — Tel. 711.

Frischen Schellfisch

ff. grüne Heringe.

Carl Planer, Gröba.

Morgen Freitag früh

Schellfisch

Nabilian — Ziegenfleisch

grüne Heringe.

Clemens Bürger.

Gebr. Bürger.

Leitung: Maximus René.

Hotel Höpfner, Riesa.

Freitag, 7. April

abends 8 Uhr, 1. Vorst.

Großstadtaufführung

Schauspiel in 4 Akten

von Blumenthal und

Nadelburg.

Kartenverkauf:

Hofmanns Buchdr. u.

an der Theaterkäse.

1 Stunde vor Beginn.

Die heutige Karte umfaßt

2 Sitzplätze.

Buchführung

lernt man nur durch

praktische Arbeit beim

Bücherrevisor. Der

Kursus

beginnt am Mittwoch den 12. April 1922 — abends 8 Uhr — im

Vereinszimmer Hotel „Wettiner Hof“ unter

persönlicher Leitung

des Bücherrevisors u.

Bandelslebres.

Rich. Hoepfner, Dresden

Anmeldungen für Riesa-

Gröba nimmt entgegen:

R. Benda & Soh., Buch-

druckerei, Hauptstraße 61.

billiger!

Mäntel 28 x 1 1/2,

Mit. 150,

180, 190, Gebrauchsfesten,

extra stark, Mit.

Deutscher Reichstag.

vth. Berlin, 5. Welt.

Sitzung der 2. Sessung des

Gesetz des Reichsministeriums des Innern

verbunden mit der Interpellation Münn (Dnat.) über

Schärfung der Schuh- und Schmuck-Literatur.

Abg. v. Kardorff (D. B.) erkennt in der ersten Rede des Ministers eine gewisse Grobheit, ist aber mit dem Sentiment des Reichsministers der Ansicht, daß sich der Minister in mancher Beziehung etwas mehr Reserve aufzuzeigen sollte. Was namentlich die Symbole der Republik anbelangt, so werden dem neuen Staat durch diese Rede keine neuen Freunde gewonnen werden sein. Soldaten etwa mehr Rücksicht vor denen haben, die an ihren alten Idealen festhalten, aber vor denen, die plötzlich am 9. November ihr sozialistisches Herz entdeckt? Den Stoff der Jugend gegen Schuh und Schmuck wollen auch wir. Es bedarf dazu aber keiner neuen Strafgesetze. Denn Strafprozeesse werden nur zu Skandalprozeessen, die eine Melanne bedeuten für das, was wir verhindern wollen. Wir stehen augenblicklich in einer Umformung der Gesellschaft. Das merken wir selbst im Reichstag, wo früher unwillkürlich auch andere Männer waren. Wie brauchen in unserem politischen Leben Männer des praktischen Lebens, aber eine kleine Minderheit darf es nicht fertig bringen, die Arbeit des Hauses zu sabotieren. Ein Bild der Reichstagsverhandlungen stellen die Presseberichte dar, die abgesehen von ein paar großen Logen, zusammenfassend werden bis auf ein Minimum, nicht wogen Platzmangel, sondern, wie mir verichtet wurde, weil man den Voltern nicht zumutete, das Blatt zu lesen. (Als die Meinung aller Zeitungen wird man das nicht hinstellen können. D. B.) Will man nicht leichten Endes die Einheit des Reiches gefährden, muß das Verhältnis zwischen Reichstag und Reichsrat geklärt werden. Auch in den Ministerien muß das Beste und Höchste den Unterbau darstellen. Wie bedauern daher, daß der Minister sich überraschend schnell von einem ausgezeichneten Staatssekretär trennt hat. Das alte System der Poladowsky und Delbrück konnte sich leben lassen. Redner spricht sich alsdann gegen das Streitrecht der Beamten aus, verlangt aber auch von den Beamten, die im Dienst der Republik stehen, mehr Tatkraft und spricht sich gegen Gesinnungsrichtscheit aus. Redner zieht alsdann einen Vergleich zwischen der taktvollen Art der deutschen Revolution in Frankreich 1871 und den Deutschen, welche die bestreiten Gebiete heute zu erobert haben. Damals wurde die Bevölkerung nicht drangsaliert und die Einwohner aus ihren Wohnungen vertrieben. Redner schließt mit dem Hinweis, daß in Deutschland nicht eine Klasse auf Kosten einer anderen Klasse geziert werden könnte, wie würden entweder gemeinsam geziert werden, oder gemeinsam untergehen. (Beifall.)

Reichsminister Dr. Röster widerspricht der Behauptung des Abg. Kardorff, daß in der Notstandsaktion für Oberschlesien noch kein Wettbewerb ausgetragen worden sei. Ein Entschädigungsbetrag war noch nicht möglich, weil wie der Ansicht sind, daß die Aufschwünge von der Entente zu tragen sind. Von den für die Notstandsaktion von der Regierung zur Verfügung gestellten 100 Millionen sind bereits 70 Millionen ausbezahlt worden, weitere 5 Millionen sind in der Ausszahlung begriffen. Ist dem Abg. v. Kardorff nicht bekannt, daß eine Kreditlinie für die Kleingewerbetreibenden und die Landwirtschaft im Gange ist? Wüßte er es, dann kann ich seine Rede nur als beläugligen Wert bezeichnen.

Abg. Dr. Pachnicke (Dem.) billigt die Richtlinien, welche Minister Röster aufgestellt hat, durchaus und meint, daß, wenn seine Partei in der Flaggenfrage auch gegen einen Wechsel gewesen sei, wie uns jetzt all das anstrengt müßten. Redner tritt jedoch für Zusammenlegung von Ministerien ein, nicht etwa für Neugründung. Gesinnungsrichtscheit soll nicht Blau greifen, es geht aber zu weit, wenn Abg. Münn verlangt, daß auch Freiheit für die monarchische Gesinnung gewährt werde. Früher durften Lehren sich ja auch nicht zur Sozialdemokratie befehligen. Unsere Geschäftsaufordnung muß geändert werden, damit nicht unsere Arbeit durch Brutalität einer Minderheit labilität geprägt werden kann. Bei Neuordnung des Wahlgebiets müssen die Wahlkreise verkleinert werden und die persönliche Wahl wieder Blau greifen, damit der einzelne Persönlichkeit wieder Geltung verschafft wird. Redner tritt alsdann für die technische Nobilität ein und verteidigt die Notwendigkeit, gegen die Welle von Schuh und Schmuck anzukämpfen.

Frau Abg. Pfäff (Soz.): Bei der Bekämpfung von Schuh und Schmuck muß man das Uebel der Wurzel fassen, gelegentliche Maßnahmen führen allein nicht zum Ziel. Unsererzeit muß aber die Kunst auch vor gewissen Bütteln der Moral gezeigt werden und wie sind dem Reichsfinanzwart dankbar für mandantelle Anregungen, die er für die Kunst gegeben hat. Den Abg. Schreiber, der die Beamtenspolitik des Ministers bestimmt, frage ich, wo eine genügende Verschärfung der Sozialdemokratie vorhanden ist, welche der Stärke dieser größten deutschen Partei entspricht. Die Autorität in der Schule muß unter allen Umständen gehoben werden, wenn z. B. die Licherfelder Anstalt nicht geht, könnte keine Schule ja fortnehmen. Aber in den Lehrbüchern steht kein Wort über die Republik, wohl aber eine Königsgelehrte nach der anderen.

Abg. Dr. Woest (Unab.): Die in die Milliarden gebenden Ausgaben für die Schuhpolizei sind zwecklos verbraucht. Ruhe und Ordnung im Innern lassen zu wünschen übrig und für Kulturaufbau sind keine Mittel vorhanden. Dabei nimmt eine Sportfegerrei überhand. Millionen werden in Sekt und in Gauleiterfesten vergeudet und das Volk, das kein Hemd auf dem Leibe hat, muß hungern. Hier sollte die Polizei eingreifen, wenn sie eine Erschöpfung bereitgestellt haben will. Redner polemisiert zum Schlus gegen das Verteilungsprinzip der Gesellschaftsordnung herbeizuführen und meint, daß Vorgänge im Reichstag, wie die geistigen, weiter nichts seien, als seelische Auswirkungen des Krieges.

Abg. Reicht (D. B.) spricht sich für die körperliche Erziehung unserer Jugend aus, verurteilt aber mit Dr. Woest die Sportfegerrei, die in Bayern zum großen Teil die Abneigung gegen Berlin verursachte. Wir müssen los vom rein materialistischen Gesellschaftsprinzip, Tubercolosebekämpfung und sonstige Gesundheitsmaßnahmen müssen gepflegt, besonders aber das Blaue, Blaustein gefürchtet werden. Von allen Seiten muß am Wiederaufbau eingesetzt werden, soll nicht legen Endes wie in Russland nur ein Trümmerbau übrig blieben. Deshalb lehnen wir den Klassenkampf ab, der aus den Wiederaufbau nicht bringt kann. Nur eine große dauernde Koalition, die eine Zusammenfassung der weitesten Kreise der Volksvertretung in sich schließt, kann uns retten. Wer diese Zusammenfassung stören will, ist kein Deutscher. (Beifall.)

Minister Dr. Röster:

Die Lockerung der Sitten ist eine traurige Folge des Krieges. England und Amerika zeigen die gleiche Entartung. Nur in Schweden, dem Lande, wo der Verkehr von Mann und Frau von jeher ungefangen ist, haben sich die schwimmenden Sitten nicht gezeigt, das sollte uns zu dachten geben. Die Kunst ist ein lebensnotwendiger Faktor unserer Kultur. Sie steht und fällt mit dem Begriff der Freiheit. Wenn die Strafgesetze richtig angewendet werden, und die

Die Frage einer Auslands-Anleihe.

Einleitung eines Sachverständigenausschusses.

Aus Paris wird gemeldet: Im Anschluß an den am 24. März veröffentlichten Bericht teilt die Reparationskommission einen am vierten April erlaufenen Besluß mit, der besagt, es werde ein Sachverständigenausschuß den Auftrag erhalten, über die Bedingungen Bericht zu erstatten, zu denen die deutsche Regierung im Auslande eine Anleihe aufnehmen könnte. Der Ausschuß wird vor allem folgende Fragen zu bearbeiten haben:

1. Die Frage, unter welchen Bedingungen die Anleihe aufgenommen werden könnte und welchen Betrag man vernünftigerweise in naher Zukunft, etwa im Laufe der nächsten Jahre, aufzunehmen hoffen könnte.

2. Welche Garantien den etwaigen Geldleihern geboten werden könnten, ohne die Reparationsinteressen ungebührlich zu schädigen.

3. Den Kontroll- und Verwaltungsmodus für die Anleihe und andere Aktien, die für den Anleihedienst zu verwenden sind, sowie die zwischen der deutschen Regierung, Vertretern der Geldleihen und der Reparationskommission verzuverlegenden Besitzungen.

Der Sachverständigenausschuß läßt der Bericht fort, wird ein Gutachten von New Yorker, Londoner, Pariser, römischer, Brüsseler, Amsterdamer, Berner und Berliner Beröhmtheiten einholen, die in der Emmission von Staatsanleihen praktische Erfahrung besitzen. Dieses Gutachten werde er sich bei der Aufführung eines praktischen Entwurfes bedienen, zu dem die Zustimmung der deutschen Regierung und der Reparationskommission eingeholt werden sollte. Der Sachverständigenausschuß werde sich wie folgt zusammensetzen: Vorsitzender der belgische Delegierte bei der Reparationskommission Delacroix,stellvertretender Vorsitzender der zweite italienische Delegierte bei der Reparationskommission d'Almeida, ein von der deutschen Regierung ernannter Vertreter, je ein finanziellverdienstliches Mitglied aus England, Frankreich und den Vereinigten Staaten, sowie aus einem Lande, das nicht am Kriege teilgenommen habe. Der neutrale Vertreter werde nach dem Bericht von der Reparationskommission auf gemeinsamen Vorschlag des Vorsitzenden des Sachverständigenausschusses Delacroix und des deutschen Vertreters ernannt.

Die Finanzlage Belgien.

In der belgischen Kammer wurde der Finanzminister Theunis in einem ausführlichen Exposé über die Finanzlage Belgien ans, die sei zwar ernst, aber nicht verzweifelt. Hinsichtlich der belgischen Ein- und Ausfuhr erklärte er, im Jahre 1920 habe die Ausfuhr nach Deutschland die Einschüsse überstiegen, während es 1921 umgekehrt geworden sei. Diese Feststellung zeige die Gefahr, die die anhaltende Entwicklung der Mark für Belgien bedeute.

Behörden wieder richtig funktionieren, haben wir nicht genug, sondern vielleicht schon zu viel Gesetz. Auch die Gesetzesordnung enthält scharfe Bestrafungen gegen literarische Schmuck. Noch nie war die Einfuhr von unbilliger Literatur und gemeinem Films so groß, als zur Zeit der strengsten Verbote während des Krieges, und so wenig man während des Krieges das Sabotieren unterbinden konnte, würde man auf dem Gebiete der Schmuckliteratur mit Gesetzen etwas verhindern. Die Hauptfrage ist, daß wir den Konsumen stark machen in der Ablehnung solcher Produkte. Die Auffassung des Herrn v. Kardorff, daß die Beamte auch in der Republik Dienst der Allgemeinheit und nicht einer Partei sein soll, soll grundsätzlich erachtet werden. Der Beamte hat die Republik zu schützen. Die Gefahren der Einwanderung aus dem Osten sind uns bekannt. Die Expedition des Roten Kreuzes haben wir gerade zu den Wolgadeutschern geleitet, dadurch, daß wir nach Minen gingen, wurde unter den Wolgadeutschen erst die Rückwanderungswelle nach Deutschland erweckt. Die Schaffung eines Gelände-Ministeriums erscheint auch mir unter den jetzigen Umständen unmöglich, ebenso wenig wollen wir eine große Reichschaubehörung errichten! Ich bin der Ansicht, der in die Höhe der Länder eingreift, aber als Abteilung seiner Freiheit neu regelt, würde sofort an die Reichsregierung appelliert. Das Vertragen des Reichstags-Autonomie für Oberschlesien zu gewähren, wird die Reichsregierung einlösen. Redner polemisiert zum Schluß gegen den Vortrag des Abg. v. Kardorff, als habe er Parteipolitik getrieben, dabei habe er lediglich die Verfassung geschützt, möglicherweise verpflichtet sei (Beifall).

Abg. Roemer (Kom.): Ausnahmegesetze, wie eine Änderung der Geschäftsaufordnung, werden uns in unserer Opposition nicht thun. Dr. Röster ist ausschließlich Nutznießer der Revolution, er arbeitet mit Hilfe seiner Schupo nicht für, sondern gegen das Proletariat. Redner wendet sich gegen die Behandlung der Ausländer in Deutschland, von denen nur die Proletarier abgeschoben würden. Monarchistische Kreise würden geduldet trotz aller Attentate und Morde, die sie begehen. Besonders Bayern sei der Ort dieser Elemente. Bayern, das Land der Mörderfreiheit, das die Wörter Gräbbers und Gareis nicht ausdrücklich gemacht habe und schüre. Fort mit dieser Regierung.

Darauf wird die Weiterberatung abgebrochen.

Der vorläufige Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (Fortsetzung der Staatsberatung, Interpellation betreffend Not der Zeitungen und kleine Vorlagen).

Die deutschen Sachverständigen für Genoa.

Wie die Berliner Blätter mitteilen, werden als Sachverständige folgende Berühmtheiten an den Verhandlungen in Genoa teilnehmen: Valtrisch, Mitglied des Reichswirtschaftsrates (christliche Gewerkschaften), Bergmann, Staatssekretär a. D. (Deutsche Bank), Bernhard, Mitglied des Reichswirtschaftsrates (Chefredakteur), Geheimer Reichsverband der Industrie, Geheimer Gunz (Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie), Geheimer Landsberg (Chemische Fabrik Bayer-Leverkusen), Reichstagsabgeordneter, Geckeins (Hirsch-Dunkerliche Gewerkschaften), Oaken, Vorsitzender der Kölner Handelskammer, Reichs- und Landtagsabg. Oake (freie Gewerkschaften), Direktor Krämer, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Direktor Büsken, Problempunktat Effen, Bankier Melchior, Bankhaus Warburg, Reichstagsabg. Wissel, Mitglied des Reichswirtschaftsrates. Von einigen Blättern wird auch noch der unabhängige Reichstagsabg. Hilsberg als Sachverständiger genannt.

Im Auswärtigen Amt in Berlin fand unter dem Vorsitz des Staatssekretärs v. Simson gestern nachmittag eine Besprechung mit den von der Regierung berufenen Sachverständigen über die mit der Konferenz von Genoa zusammenhängenden Fragen statt. Der Besprechung war am Vormittag eine Beratung der drei Unterkommissionen vorausgegangen, die sich mit den volkswirtschaftlichen, den

Die Zinsenzählung für die alliierten Kriegsschulden.

Wie Reuter erklärt, hat die englische Regierung an die Alliierten eine Note verichtet, in der sie erklärt, sie bedanke sich mit Missicht auf die Tatsache, daß England jetzt die Zinsen seiner Schulden an die Vereinigten Staaten bezahlen muss, das steht vor, ihrerseits die Alliierten aufzufordern, für die von ihnen bei England gemachten Kriegsschulden die Zinsen zu bezahlen.

Man ist versucht, anzunehmen, daß England mit seinem Vorschlag einen neuen „taffelten Druck“ auf Frankreich ausüben will, ähnlich dem von Amerika verursachten, als es erklärt ließ, daß es auf Rückstattung seiner Belohnungsanspruch erhob. Es handelt sich bei der französischen Schulden an England um einen Gesamtbetrag von 557 Millionen Pfund gleich rund 11 Milliarden Goldmark, wobei aber die seit 1914 aufgelaufenen Zinsen noch nicht berücksichtigt sind, unter deren Einfluß die Summe auf ungefähr 15 Milliarden Goldmark ansteigen wird. Bei einem Zinsfuß von sechs Prozent und einer Tilgung von einem Prozent würde dies ein Jahresdienst von rund einer Milliarde Goldmark ergeben, also ungefähr ebensoviel wie Frankreich von Deutschland im günstigsten Fall an Reparationen erwarten kann. Rechnet man nur mit der Möglichkeit, daß auch Amerika die englische Forderung nachahmt (es ist höchst wahrscheinlich, daß England und Amerika in diesen Fragen einen gemeinsamen Operationsplan verfolgen), daß also auch von vorher Zins- und Tilgungsforderungen auf eine noch höhere Schuldsumme erhoben werden, so ist Frankreich tatsächlich in die Lage versetzt, daß es an die beiden Nachbarländer weitaus höhere Jahreszahlungen zu leisten hätte, als es von seinem Schuldenland Deutschland je erhalten kann. Der Gerichtsvollzieher, den es selbst Deutschland gegenüber spielt, erscheint damit vor seiner eigenen Tür und wenn überhaupt, so kann am leichtesten sicher auf diesem Wege ein Verständnis Frankreichs für die wahre Situation erreicht werden und eine Bereitschaft, auf den Vorschlag einzugehen, daß gegen eine Milderung seiner eigenen Schulden auch die Schuldpflicht Deutschlands eine Milderung erfährt.

Massenkundgebungen der Arbeiter aller Länder.

In der gestrigen Schlusssitzung der Sozialkonferenz in Berlin verlas der Vertreter der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Adler-Wien einen von den drei Internationalen anerkannten Vorschlägen, in dem die Arbeiter aller Länder aufgefordert werden, in Massenkundgebungen während der Genueser Konferenz und zwar am 20. April oder, wo dies aus technischen und organisatorischen Gründen nicht möglich ist, am 1. Mai zu demonstrieren.

Poincarés Befürchtungen.

„Doubt“ berichtet: Poincaré befürchtet, daß Stroh George in Genua verlangen werde 1. sofortige Anerkennung der Sowjet-Regierung, 2. Beschränkung der polnischen Streitkräfte, 3. Herauslösung der Rückungen zu Ende, 4. Einleitung eines kündigen Obersten Rates, in dem Deutschland mindestens beratende Stimme haben würde. Wegen dieser Forderung habe die italienische Regierung Poincaré vorgebracht, vor Eröffnung der Konferenz eine Versammlung zwischen den Vertretern der drei alliierten Großmächte abzuhalten. Poincaré habe aber geantwortet, er genehmige diesen kleinen Obersten Rat nur unter der Bedingung, daß er vorbereitend sei und daß er unter seinem Vorwande nach Eröffnung der Konferenz weiter bestehe. Das Blatt fügt hinzu, es sei traurig, daß am Vorabend des Kongresses der europäischen Begegnung die französische Politik den Eindruck erweckt, von Mithrauen geleitet und von Furcht beherrscht zu sein.

Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, ist im französischen Kabinettkreis festgelegt worden, daß die französische Delegation, die sich nach Genua begibt, keine unbeschränkte Vollmacht besitzt und daß sie für die Entscheidungen, die sie zu treffen hat, jedesmal bei der Regierung anfragen soll. Aus diesem Grunde verlangt der „Petit Parisien“, die Regierung möge erklären, ob Frankreich nach Genua gehe, um sich gewissermaßen unbedingte Zurückhaltung auszuerlegen. Das Blatt erinnert an die Auflösung Tardeus, die dieser in der Kammer habe ergehen lassen, Frankreich möge in Genua ein positives Programm haben.

Die Organisation der Konferenz.

Aus Rom wird gemeldet: Die Kammerausschüsse für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten traten zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, in welcher der Minister des Außenamtes Cianci, wie die Blätter melden, aufklärung über die Organisation der Genueser Konferenz gab. Offiziell der Haltung der italienischen Regierung auf der Konferenz sagte er: Italien werde seine Politik des Friedens und der Zusammenarbeit als Grundlage für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen und finanziellen Gleichgewichts in Europa fordern. Außerdem gab der Minister Erklärungen über die zwischen England und Frankreich in Boulogne verabredeten Einrichtungen des Programms, die sich auf eine Revision der Verträge, auf die Reparationen und auf die Währung beziehen, worüber in Genua nicht gesprochen werden soll. Selbst die Schulden- und die Kreditfrage werden nicht erörtert werden können. Auf eine Anfrage, ob die letzte Entscheidung der Reparationskommission nicht eine Einschränkung der Souveränität Deutschlands darstellt, erklärte der Minister, die Kommission habe Deutschland nur den Rat gegeben, sein Budget in Erdeung zu bringen. Dieser Rat habe nicht den Charakter eines Ultimatums.

Die Antwort an die Reparationskommission.

Die Antwort an die Reparationskommission ist, wie in Berliner parlamentarischen Kreisen verlautet, am Mittwoch fertiggestellt worden. Ihr Inhalt stimmt natürlich mit den Gedanken und Absichten überein, die der Reichskanzler in seiner Reichstagrede zum Ausdruck gebracht hat. Die Rote erhält vor allem Einspruch gegen die drohende Finanzkontrolle und weist dabei auf die Erklärung vom Februar hin, daß die Ententemächte keine Eingriffe in die inneren Hoheitsrechte des Deutschen Reichs vornehmen wollten. Sie erklärt weiter, wie das bereits der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister im Parlament getan haben, die verlangten neuen Steuern für unmöglich, deinet aber ebenfalls im Einklang mit den bisherigen Erklärungen, die Bereitschaft der deutschen Regierung zu weiterer Ausspannung durch den Ausbau und zu einer autarkischen Ausgestaltung des Steuerwesens im Rahmen des Friedens.

Vereinbarung der Verhandlungsfreiheit in Genua.

Wie die "Deutsche Zeitung" hört, liegt bei der deutschen Regierung das Erstehen der Entschädigungsabkommen vor, die beiden Saarabkommen und das Wiesbadener Abkommen, sofort zu ratifizieren und zwar noch vor der Konferenz von Genua. Im führenden parlementarischen Kreis wird dieser Vorgang besonders beachtet, weil er deutlich erkennen läßt, daß die Entente West darauf legt, Deutschland durch die Sozialversicherungsabkommen noch vor der Konferenz von Genua zu binden und Deutschland so die Möglichkeit zu nehmen, etwa durch Vorteile, die es auf der Konferenz von Genua erhält, von den Vertretern zurückzutreten. Um übrigens inzwischen bekannt geworden, daß die Entente ohne Verhandlungen über die Sozialversicherungsabkommen an die Realisierung die Forderung gestellt hat, daß sie selbständig die Abkommen zu ratifizieren habe, die dem Reichstag zur Beauftragung und zur Zustimmung nicht vorgelegt werden dürfen, da Einsprüche von keiner Seite anerkannt werden sollen.

Die Tagespresse gegen Wirth und Rathenau.

Die sowjetrussischen Zeitungen bringen lange telegraphische Auszüge aus den leichten Reichstagssitzungen Wirths und Rathenau über die Separationsfrage. Ihr Urteil ist unzweckmäßig ein sehr ablehnendes. Die "Pravda" ironisiert Wirth, der nach früherem Muster noch tapferen Beginnen den Rückzug in vorbereitete Positionen antreten werde. Noch ablehnender wird Rathenau beurteilt. Seine Mede strohe von Banalitäten und Gemeindelichen, die nach jahrelanger Ablösung nur noch langwellig wirken. Wenn der gute deutsche Michel geglaubt habe, in Rathenau einen demokratischen Bismarck gefunden zu haben, so werde er durch die nichts weniger als staatsmännischen Reden Rathenau mit Recht enttäuscht werden. Hierzu bemerkt die "Tägliche Rundschau": Für die städtische Aufnahme in Deutschland hätten die Herren Vollmöbel einen rechtmäßigen Dank ab.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Nach einer amtlichen Mitteilung des Völkerbundsssekretariats in Genf hat Galander den deutschen und den polnischen Bevollmächtigten für den 8. April zu einer Versprechungsversammlung, um in der Frage der Plausibilisierung des deutschen Besitzes in Polnisch-Oberschlesien einen leichten Verständnisvertrag vorzunehmen. Falls dieser fruchtlos verlaufe, werde Galander die beiden Bevollmächtigten zu einer öffentlichen Sitzung im Völkerbundsssekretariat auf den 12. April einladen und in dieser Sitzung den Schiedsspruch bekannt geben.

Sitzung des Internationalen Arbeitsbüros.

Der Verwaltungsausschuß des Internationalen Arbeitsbüros trat gestern unter dem Vorsitz Fontaines in Rom zusammen. Die Michelis hielt als Vertreter Italiens den Ausschluß willkommen. Es kam dann eine Debatte des Ministers des Außenwesens Schanzer zur Verleistung, worin dieser das Arbeitsbüro einlad, technische Sachverständige zur Sessione Konferenz zu entsenden. Alsdann ging der Ausschluß zur Besprechung des Berichts von Albert Thomas über. Anwesend waren zahlreiche Regierungsvorsteher, sechs Arbeitervorsteher, darunter Delbart für die deutschen Arbeiter, und sechs Vertreter der Arbeitgeber. Der Bürgermeister von Rom hat den Mitgliedern des Ausschusses das Kapitol für einen Ehrenempfang zur Verfügung gestellt.

Die russische Außenhandelsorganisation.

Russlands Außenhandel wird bald für Deutschland eine große Bedeutung gewinnen, und es ist deshalb notwendig, sich mit den russischen Methoden bekannt zu machen. Die Sowjets denken nicht daran, die alten Prinzipien individualistischen Handels ganz zu negieren, aber es besteht die Notwendigkeit, den Ausverkauf Russlands, in dem die mittel-europäischen Länder sich verbündeten, zu verbüten und unnütze Einfluß vom Lande fernzuhalten. Für das große russische Reich ist eine Kontrolle allerdings schwer durchzuführen, die Sowjetregierung ist sich darüber klar, daß auch die sorgfältige Überwachung der Grenzen keinerlei Sicherheiten für die erwünschte Wirkung bieten könnte. Ein System, das Ausnahmen anläßt, ist in Russland unmöglich, und deshalb haben sie eine allgemeine Außenhandelskontrolle in Aussicht genommen, die indessen den freien Handel so wenig wie möglich beeinträchtigen soll. Außenhandel bleibt Monopol. Dieses Prinzip bleibt bestehen. Über jeder ist bis auf eine Anmeldung bei den Außenhandelsstellen bestimmt, mit dem Auslande Geschäfte abzuwickeln. Schaltet er nicht binnen sieben Tagen diese Einmeldung, so gilt das Geschäft als genehmigt. Es erübrigat sich also in diesem Verfahren die bürokratische Überlastung. Daneben sollen besondere gemischte Handelsgesellschaften, an denen aus einer Hälfte die Sowjetregierung durch die Außenhandelsstelle Winnitschtor, zur anderen Hälfte ausländische Produzenten oder Kreditinstitute beteiligt sind, die Hauptfunktionen des Außenhandels wahnehmen. Die russischen Auslands-Handelsorgane bleiben bestehen und werden in die große Kontrollorganisation eingegliedert, von diesen werden auch die Auslandsmärkte beobachtet und die technische Abnahme am Produktionsort besorgt. Die Zeit der Abschürfung hat Russland zur Organisation benutzt. Der Staat tritt es jetzt zur Zusammenkunft mit den andern europäischen Völkern, denen gegenüber es trotzdem seine Eigenarten und die "Errungenheiten" der Revolution behaupten will.

Sozialist d'Annunzio?

Großes Aufsehen erregt in Rom die angeblich plötzliche Befreiung des bisher glühend nationalistischen Dichters Gabriele d'Annunzio zum Sozialist. d'Annunzio hat neulich eine selbständige Unterredung mit dem linken Sozialistischen Baldest gehabt, der die sozialistische Laute vollzogen habe. d'Annunzio wollte sogar auf der Konferenz von Genua für Deutschland und Rußland eintreten. "Idea Nazionale" betrifft diese Befreiungsgeschichte mit "Canossa".

Das Ölswerk der Deutschen Landwirtschaft.

Aus Berlin wird gemeldet: Mittwoch nachmittag fand beim Reichspräsidenten eine Versprechung von Vertretern der Landwirtschaft mit Mitgliedern der Reichsregierung über die Fragen der Förderung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion statt. Seitens des Reichspräsidenten abgehaltene Sitzung der Reichskanzler Dr. Wirth, Reichsernährungsminister Professor Febr., Reichsfinanzminister Dr. Hermann und Staatssekretär Dr. Orlitz, ferner vom Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft Odler von Braun, Dr. Koschke, Freiherr von Kerckerin, von Ritting, von der Reichsarbeiterschaften Land- und Forstwirtschaftlicher Arbeitgeber und Arbeitnehmervereinigungen Schurig, Bildsch, Behrens und Schmidt teil. Es wurden die Grundlagen für die Durchführung des vom Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft angeregten Ölwerks der Deutschen Landwirtschaft in eingehender Aussprache erörtert, die zu diesem Zwecke im einzelnen zu treffenden gezielten Verwaltungsmaßnahmen werden auf Grund der gezielten Besprechung von den zuständigen Behörden im Rahmen mit den Vertretungen der Deutschen Landwirtschaft usw. als bald vorbereitet und beraten werden.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat.

hat einen Gesetzentwurf zur Abdauerung des Saarabkommen und des Friedensabkommen sowie zur Belebung der finanziellen Auskünfte an den einkommensangehörigen der Deutschen Partei, in der die Regierung aufgefordert wird, unverzüglich Verhandlungen mit Deutschland aufzunehmen, damit die im Vertrag vorgesehenen Erleichterungen im kleinen Gewerbe auch auf jene Arbeitnehmer ausgedehnt werden, welche in der Reichskanzlei wohnen, aber auf deutschem Dienstgebiet arbeiten und in längeren Perioden nach Hause zurückkehren, wurde dem Auswärtigen Amt überwiesen. In dem Antrage wird ferner verlangt, daß mit Rücksicht auf die volkstümlichen Verdöhlungen die Arbeitnehmer gestattet werden, Lebensmittel und andere Gegenstände des täglichen Bedarfs in das Reichsamtliche Gebiet einzuführen.

Republik Österreich.

Erhöhung des Volkstrids. Die Volkstridsteuer in Österreich werden bedeutend erhöht. Ein Brief im Ortsverkehr, der bisher 7% Kronen kostet, kostet 20 Kronen und ein Brief im Fernverkehr, der bisher 10 Kronen kostet, 25 Kronen. Eine Volkstridsteuer wird von 5 auf 12% Kronen erhöht. Diese Taxe gelten auch im Verkehr mit Deutschland. Nach dem gleichen Auslande dagegen werden die Gebühren noch bedeutend höher sein.

England.

Der Streit in der Maschinenindustrie. Lloyd George hatte vorgesehen eine Reihe von Unterredungen mit Vertretern der Gewerkschaft der Maschinenindustrie und mit den Vorführern der Unternehmer. Große Aufsicht erregte der Verlust von 47 an dem Streit zwischen den Vereinigten Maschinenarbeiterverbänden und den anderen Verbündeten beteiligten Organisationen, nicht weiter mit dem Vereinigten Maschinenarbeiterverband zusammengehen und mit den Unternehmern auf der von Lloyd George vorbereiteten Grundlage zu verhandeln.

Griechenland.

Die Swangansalie. Die Nationalversammlung hat die Gesetzesvorlage betreffend die Swangansalie mit 101 gegen 148 Stimmen angenommen. Der Befreiung wurde auf 5% Prozent herabgesetzt, dagegen werden die Obligationen ausgelöst werden.

Amerika.

Bau des St. Lorenz-Kanals. Nach einer Meldung des "Newport Herald" aus Washington hat sich Präsident Harding für die Aufnahme von Verhandlungen mit Großbritannien ausgesprochen, die den Abschluß eines Vertrages betreffen. Den Bau des St. Lorenz-Kanals zum Gegenstand haben sollen.

Vermischtes.

Mit Sirenenarbeiter zum Auge getötet. Aus Hagen wird gemeldet: Mittwoch vermittelte 8 Uhr früh ein Verlöschung zwischen Kabell und Hagen in einer Arbeitersiedlung, die Sirenenarbeiter vorzog. Von der 88 Mann starken Kolonne wurden acht Männer vom Auge erloht, überfahren und sofort getötet. Einige wurden leicht verletzt.

Eine schwedische Bauernfamilie ermordet. Aus München wird gemeldet: Vorgestern nachts wurde in einem Anwesen in Wangen bei Schrobenhausen eine schwedische Bauernfamilie, bestehend aus Mann, Frau und vier Kindern, ermordet aufgefunden. Die Täter sind unbekannt. Ob Mord oder vorliegt, steht noch nicht fest. Der Münchner Erkennungsdienst ist nach dem Tatorte abgegangen.

Großfeuer auf einem Dampfer. Aus Hamburg wird gemeldet: An Bord des hier im Hafen liegenden Dampfers "Vulcan" brach Dienstag abend aus noch nicht aufgefahrener Urtasse Großfeuer aus, das mit großer Schnelligkeit um sich griff. Da die, mit mehreren Löschbooten herbeigeeilte Feuerwehr des Brandes nicht Herr werden konnte, wurden sämtliche Räume des Schiffes mit Hilfe von drei Spritzenpumpen und zwei Motorspritzen unter Wasser gesetzt. Um 5 Uhr früh war die Gefahr beseitigt. Ein Feuerwehrmann wurde verletzt.

Eine folgenschwere Sprengung. Ein schweres Unglück ereignete sich in Uppsalberg in Mittelschwaben. Dort waren mehrere Angestellte eines Landwirts mit Sprengungen beschäftigt. Dabei explodierte eine Sprengung so früh. Drei Arbeiter wurden getötet und ihnen der Kopf vom Nummern gerissen, ein vierter wurde schwer verletzt.

Der Schatz der "Hohenholzern" auf Ubbens verloren. Der vor dem Kriege von Stapel gelassene Erbschätzer der Kaiserstadt "Hohenholzern", der wegen des Kriegsausbruchs nicht fertiggestellt werden konnte und auf dem Toten nahe der Stettiner Bullenwerft ankerte, ist jetzt auf Ubbens nach Kiel verkauft. Das Schiff wird von einem Hamburger Schlepper nach Kiel übergeführt.

Aus dem bayerischen Landtag. Der bayerische Ministerpräsident Graf Verghenfeld eröffnete die Generalsitzung des Ministeriums des Neuen mit einer von Beifall aufgenommenen Rede, in der er sich schärfer gegen die von den Blättern der Linken vorgebrachten Verleumdungen der bayerischen Verhältnisse wandte und erklärte, die bayerische Regierung werde mit allem Nachdruck gegen die Verbreitung solcher Gerüchte nicht defensiv, sondern offensiv vorgehen. Die bayerische Regierung werde die Hoheitsrechte des bayerischen Staates entschieden wahren, aber auch dem Reich geben, was das Reiches ist, und allen Verschwörungen energisch entgegentreten, welche Zwietracht in die bayerischen Lande tragen wollen.

Die neue Gesetzesordnung im Reichstag. Nach einer Mitteilung des "Berliner Tageblatts" gibt Reichstagspräsident Voß in der "Breslauer Volkswoche", dem Organ seines Wahlkreises, Einzelheiten über die kommende Gesetzesordnung reform des Reichstages. Die Reisedatei soll künftig auf 45 Minuten beschränkt werden. Als Verkürzung des Disziplinarmaßnahmen des Präsidenten wird vom Gesetzesordnungsausschuß Entziehung des Tagessitzes bis zu 20 Tagen vorgeschlagen, während gewaltsame Fernhaltung gemahngesetzter Abgeordneter aus dem Reichstagsgebäude vorläufig nicht vorgesehen ist.

Die Antwort auf die Note der interalliierten Militärratkommission vom 20. März über die Schuhpolizei ist, wie die Blätter mitteilen, gekennzeichnet worden. Ihre Mutter war eine Tochter des in den vierzig Jahren des vorigen Jahrhunderts in München gestorbenen Hoftheatermusizier Woebauer. Sie war als Erzieherin ins Ausland gegangen und kehrte dort den italienischen Kunstmaler Benacci. Die jüngste Tochter aus dieser Ehe ist Henriette, die Gattin Poincars. Im Pariser Kommunenstaat von 1871 ist Vater Benacci wegen grundlosen Spionageverdachtes erschossen worden. In zweiter Ehe heiratete die Witwe wieder einen Kunstmaler Pett, der in hohem Alter in München starb. Mutter Benacci-Pett ist in Dijon gestorben. Mehrfach war sie in Bayern und bat sich bei ihren Verwandten in Wolfratshausen im Markt bei München aufzuhalten, wo ihr Bruder Königlicher Geistligrat, ein wohlbeliebter und geschätzter Mann, gewesen ist. Die junge Henriette, jetzt Frau Poincars, ist in dem Kloster Schäfflarn im Markt bei den englischen Schülern erzogen worden. Als sie später wieder nach Wolfratshausen kam, war sie schon verheiratet mit einem Irren namens Illerand. Die Ehe war jedoch bei dem wenig ansprechenden Charakter dieses Mannes nur von kurzer Dauer. Die junge Frau heiratete wieder einen etwa 20 Jahre alten, sehr reichen Mann, namens Poincer. Die Scheidung dieser Ehe vertrat Herr Poincer als Advokat und hat dann die reiche Gesellschaft selbst geheiratet.

Ein zweiter Totschlag. Am Freitag abend wurde, wie wir berichteten, an der Ecke der Straße der Böddeler Allee und der Böddelerstraße in Berlin der 23jährige Glasmacher Karl Wirscher von dem 40 Jahre alten Wirtsmutter Heinrich Hornung aus der Böddelerstraße 4 durch einen Herzschlag getötet. Der 24 Jahre alte Arbeiter Albert Dietel erhielt zwei Faustschläge und wurde schwer verletzt. Hornung war mit den Männern in Streit geraten, weil sie seinem Hunde Zwiebeln verfressen hatten, und hatte in der Wut auf sie geschossen. Er wurde zunächst verhaftet, nach Feststellung des Tatbestandes wieder entlassen. Am Montag in der Abendstunde erschien nun, wie der "Berliner Volkszeitung" berichtet, vor seiner Wohnungstür der 87 Jahre alte Kutscher Ernst Dennis, ein Bruno Berger und ein Paul Daublin. Sie verlangten Einlaß, um ihn wegen des Vorfalls zur Rede zu stellen. Als er ihnen verweigerte, suchte Dennis die untere Türöffnung ein, um mit Gewalt einzudringen. Darauf ergriff Hornung zur Wehr eine Waffe und gab einen Schuß ab. Das veranlaßte die drei, zu entfliehen. Straßen- und Schuhpolizeibeamte, die gerufen wurden, fanden den Kutscher Ernst Dennis tot im Hausrat liegen. Ein Irat hatte einen Herzschlag bekommen. Der Vorfall erregte in der Nachbarschaft ungewöhnliche Aufregung und veranlaßte eine Ansammlung von mehr als 1000 Personen, die Wiene machten, Hornung aus der Wohnung herauszuholen, um ihn zu töten. Ein starkes Aufgebot von Schuhpolizeibeamten war notwendig, um Gewalttat zu verhindern.

Die Reichskanzlei.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland. In der geistigen Sitzung des Abgeordnetenhaus wurde die Ratifizierungssitzung zu den in Prag am 20. Juni 1920 zwischen der tschechoslowakischen Regierung und Deutschland abgeschlossenen wirtschaftlichen Vereinbarungen in erster Verhandlung genehmigt. In seinem Referat führte der Reichstagsabgeordnete aus, daß die geographische Lage die Tschechoslowakei zur Anknüpfung enger und zahlreicher Beziehungen mit den Nachbarstaaten, insbesondere mit Deutschland, zwinge. Von deutscher Seite erklärte der Sozialminister Böhrer, wiewohl der Vertrag mit Deutschland ein Ausfall des Friedensvertrages von Versailles sei und die deutschen Sozialdemokraten ihm gegenüber einen grundlegend ablenkenden Standpunkt eingenommen hätten, würden sie dennoch dafür kämpfen. Diese Stellungnahme ergab sich aus der immer wieder deutlichen Forderung nach freundlich-wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland.